Auch das neue Hartz IV-Gesetz ist ein einziger Offenbarungseid. Was unter der Sozialdemokratie begann, findet unter den schwarz-gelben Kapitalhuren und Sozialsadisten in der gegenwärtigen Regierung seine konsequente Fortsetzung. Der neue Gesetzentwurf sieht auch vor, ehrenamtlich tätige Menschen schlechter zu stellen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches Engagement sollen künftig als Einkommen voll auf den Hartz-IV-Regelsatz angerechnet werden. Dies alles im sogenannten "Jahr des Ehrenamtes".

Diese Diskriminierung ehrenamtlicher Arbeit ist nicht nur ein Offenbarungseid, sondern auch eiskaltes machtpolitisches Kalkül. Denn letztlich geht es nur um Macht, die auf Leiden und Schuld aufbaut. Auf der Reduktion des Menschen auf eine von Schuldgefühlen getriebene, sich selbst disziplinierende und unterwerfende Nützlichkeitseinheit für die Selbstverwertungsinteressen und -bedürfnisse überakkumulierten Kapitals und dessen Produktionsstrukturen.

Der Zwang zur Selbstaufgabe, zur völligen Unterwerfung unter das Diktat rein ökonomischer Nützlichkeitskriterien und Verwertungsinteressen soll unter allen Umständen aufrecht erhalten und verstärkt werden. Mit diesem auch die etablierten Strukturen der Macht, die auf der Unantastbarkeit des ökonomischen Arbeitskultes beruhen, der jede alternative Form von Tätigkeit, die nicht im Rahmen industrialisierter, kapitalistischer

Verwertungsstrukturen ausgeübt wird, als minderwertig, als "unproduktiv" erachtet.

Dies ist eine Ideologie, welche die geistige Grundlage für ein lebens- und freiheitsfeindliches Unrechtssystem wie Hartz IV bildet. Richtig pervers wird diese Diskriminierung allerdings angesichts der Schikanierung von Hartz IV-Empfängern mit Zwangsarbeitsmaßnahmen, den sogenannten "Ein-Euro-Jobs".

Diese Arbeitsmaßnahmen, mit denen reguläre Erwerbsarbeit zerstört und durch staatlich, also auch auf Kosten des Steuerzahlers alimentierte Billiglohnjobs ersetzt wird, werden den Betroffenen vor allem auch unter dem moralistischen Vorwand der Allgemeinheit aufgezwungen. Es seien Tätigkeiten im öffentlichen Interesse. Es ist längst bekannt, dass dies nicht nur nicht stimmt, sondern meist das komplette Gegenteil richtig ist.

Warum die Allgemeinheit ihre Interessen bloß durch aufgezwungene Billiglohnjobs zu repräsentieren in der Lage ist, wurde ebenfalls bis heute nicht geklärt. Freilich ist dies auch gar nicht möglich, jedenfalls nicht gemäß rationalen, und damit auch sittlich angemessenen Kriterien. Das Interesse der Allgemeinheit ist eben nur ein moralistischer Vorwand. Eine perfide Täuschung, um reguläre Erwerbsarbeit auf Kosten der Allgemeinheit, und zugleich im Namen der Allgemeinheit durch Billiglohnjobs zu ersetzen.

Nicht nur dass die Allgemeinheit auf diese Weise missbraucht wird – und sich bis heute widerspruchslos missbrauchen

lässt! -, wird sie dabei auch still und heimlich angegriffen. Denn die Billiglohn- und Zwangsarbeit, die durch Ein-Euro-Jobs flächendeckend in die Gesellschaft eingeführt wird, übt freilich auch Druck insbesondere auf die niedrigeren Lohnniveaus aus.

Aufgrund eines Wirtschaftssystems, das, sich in einem permanenten Wachstumszwang befindend, Produktionskosten, und das heißt insbesondere Lohnkosten senken muss. Gleichzeitig aber herrscht ein unangefochtener Arbeitskult, und mit diesem auch ein unausgesprochener, subtiler Arbeitszwang vor.

Um in diesem Sinne also möglichst viele und zugleich möglichst billig Menschen erwerbsmäßig zu beschäftigen, müssen die Löhne mittelfristig immer schneller und deutlicher fallen. Ebenso wie auch die Beschäftigungsbedingungen immer schlechter werden müssen. An die Stelle regulärer Beschäftigungsverhältnisse rücken zunehmend prekäre Niedriglohntätigkeiten, im Rahmen von Minijobs sowie Teilzeit- und Leiharbeitsbeschäftigung. Oder eben einer fast schon offen praktizierten Billig- und Zwangsarbeit durch jene

"Ein-Euro-Jobs".

Eine Gesellschaft, die also einerseits von Wachstumszwang und Arbeitskult kontaminiert ist, und deren Einkommensversorgung dementsprechend von Erwerbsbeschäftigung abhängig ist, wird durch diese Zwangsarbeitsmaßnahmen, und letztlich die gesamte Hartz IV-Gesetzgebung in ihren Grundfesten angegriffen und

bedroht. Durch diese Gesetzgebung wurden aber nicht nur massivste Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen in der Mitte der Gesellschaft verankert, womit sich diese eine soziale und moralische Bankrotterklärung erster Güte ausstellt.

Hartz IV ist nicht nur ein Instrument systematischer Schikanierung von Hilfebedürftigen durch abgestumpfte und sadistisch

veranlagte, von Lebensverachtung und Menschenhass zerfressene Bürokraten, sondern eben auch ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft, insbesondere auf ihr ökonomisches Fundament.

Dem geistigen Bankrott droht bei Beibehaltung dieser Gesetzgebung auch der ökonomische Ruin. Ein Kollaps, der bereits im vollen Gang ist, und nur durch milliardenschwere

Konjunkturpakte, die ebenfalls der Steuerzahler abstottern darf, und einen – noch! - starken Export abgeschwächt, und rein statistisch sogar weggerechnet werden konnte.

Die moralische Perversion der Hartz IV-Gesetzgebung tritt angesichts der Ein-Euro-Job-Praxis in aller Deutlichkeit zum Vorschein. Wenn nämlich die Betroffenen einerseits getäuscht und

manipuliert werden, durch die Behauptung
einer allgemeinen, gesellschaftlichen Nützlichkeit dieser Zwangsarbeiten, und andererseits zugleich ehrenamtliches Engagement diskriminiert wird, und hinter vorgehaltener Hand letztlich zerstört werden soll.

Hartz IV-Empfänger sollen als unausgesprochene "Strafe" für ihren Leistungsanspruch auf jede

Form von selbstbestimmter Tätigkeit verzichten. Stattdessen sollen sie Leibeigene der Jobcenter sein, und der machtpolitischen, arbeitskultischen Willkür der Bürokraten hilflos ausgeliefert. Dies ist die wirkliche, aber unausgesprochene politische Doktrin hinter Hartz IV.

Ganz besonders die "Ein-Euro-Jobs" entlarven

deutlich, dass die Allgemeinheit und ihre angeblichen Interessen nichts weiter als ein Vorwand sind, um Menschen als billiges Nutzvieh aus gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und Mitbestimmung auszuschließen und stattdessen auf den Arbeitsmarkt einer kollabierenden Ökonomie abzuschieben.

Und sie auf diese Weise auch aus den öffentlichen Arbeitslosenstatistiken zu entfernen, um damit wiederum die Öffentlichkeit bis zuletzt über den wahren Zustand der Ökonomie zu täuschen und im Hamsterrad der Produktivität zu halten. Dort also, wo sie der bestehenden Herrschaftsordnung und ihrer ruinösen Ökonomie nicht im Wege stehen, sondern ihr

unterworfen und di
enstbar
sind.

Nichts weiter außer ökonomische Nützlichkeit ist gefragt. In keiner Weise aber gesellschaftliche. Diese aber wird auch weiterhin systematisch vorgetäuscht werden, solange sich Menschen auf diese Weise

täuschen und moralisch manipulieren lassen. Und sich bereitwillig Obrigkeiten unterwerfen und von diesen abrichten lassen. Und damit nicht nur dressiertes Nutzvieh, sondern auch Schlachtvieh, ausschließlich für die Interessen der Herrschenden sind. Solange erfüllt Hartz IV, neben systematischem Terror gegen Hilfebedürftige,

seinen eigentlichen Zweck.